

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung
Band: - (1988)
Heft: 3: Aufstieg, Wirtschaft und Politik

Rubrik: Energieszene

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die letzten Messungen der Universität Umeaa bei Rentier-Züchtern aus Västerbotten in Schweden ergaben einen durchschnittlichen Wert von 55000 Becquerel (Bq) Cäsium 137 für Männer und 25000 Bq für Frauen. Der höchste gemessene Wert bei einem Mann betrug 193000 Bq. Der durchschnittliche Wert von Kontrollpersonen ausserhalb der Rentierzüchter-Gruppe lag bei 2000 Bq. Die zur samischen Urbewölkerung von Mittel- und Nordschweden gehörenden Züchter und ihre Familien ernähren sich traditionell vom Fleisch ihrer Rentiere. Sie sind von dem aus Tschernobyl nach Mittelost-Schweden gezogenen radioaktiven Niederschlag besonders hart betroffen, weil die Tiere stark verseuchte Pflanzen fressen. VR, 7.7.88

Zwei Jahre nach der Atomkatastrophe im sowjetischen KKW Tschernobyl ist der Boden im Elsass immer noch stark radioaktiv verseucht. Mehrere Untersuchungen der unabhängigen französischen Informationskommission für Strahlungsmessung ergaben Werte, die bis zu viermal höher sind als die gesetzlich festgelegte Höchstgrenze von maximal 10000 Bq pro Quadratmeter, worüber sich Walter Stutz, Stellvertreter des Baselbieter Kantonschemikers, sehr überrascht zeigte; für den an Frankreich grenzenden Kanton Basel-Stadt, wo die radioaktive Verseuchung derzeit noch zweimal jährlich gemessen werde, lägen keine entsprechenden Feststellungen vor.

Im Strassburger Stadtgebiet wurden zum Beispiel 31360 Bq pro Quadratmeter beim für den Organismus äusserst gefährlichen Cäsium 137 gemessen und 8000 Bq Strahlung an Cäsium 134. Cäsium 137 hat eine Halbwertszeit von 30 Jahren, Cäsium 134 baut sich nach drei Jahren um die Hälfte ab. Auch auf dem Land, wo Probeuntersuchungen gemacht wurden, lagen die Ergebnisse ebenfalls weit über den offiziell bekanntgegebenen Werten, von denen keiner die Höchstnorm überschritten hatte. TA, 6.6.88

Auch die Böden in Bayern sind noch immer stark mit radioaktivem Cäsium belastet. Eine flächendeckende Untersuchung der bayerischen Landesregierung ergab für Südbayern eine durchschnittliche Belastung von 27000 Bq Gesamt-Cäsium. Der gemessene Spitzenwert betrug 140000 Bq. Zum Vergleich: Vor Tschernobyl hatten die Böden in der Bundesrepublik eine durchschnittliche radioaktive Belastung von 1300 Bq. taz, 15.6.88

Nach einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes in Indien wurden 200 Tonnen irische Butter, die vom Tschernobyl-Fallout verstrahlt worden sind, durch staatliche Molkereien in Milch umgewan-

delt und durch den staatlichen Milch-Versorgungsplan an Konsumenten verkauft. Ähnlich beunruhigend ist die mögliche Verstrahlung von 75000 Tonnen Magermilchpulver und 25000 Tonnen Butter, deren Import aus EWG-Ländern geplant ist. Solche Importe sind zu einem Zankapfel geworden – nicht nur in Indien, sondern auch in anderen Entwicklungsländern. Verschiedene Länder, zum Beispiel die Philippinen, Malaysia, Singapur, Sri Lanka, Bangladesh, Pakistan und Nepal haben ähnliche Geschenke zurückgewiesen.

Wise, 15.7.88

Ungefähr 45 Tonnen radioaktiv belastetes Milchpulver aus Beständen der Europäischen Gemeinschaft sind in Moçambique sichergestellt worden. Die EG hatte Moçambique das Pulver gespendet. Italienische Wissenschaftler hatten das Milchpulver analysiert, nachdem in Moçambique mehrere Fälle von Magenvergiftungen bekannt geworden waren. taz, 13.7.88

Der Kühlfrachter «Reefer Rio», der 6050 Tonnen radioaktiv verstrahltes Rindfleisch an Bord hat, liegt noch immer unter Zollverschluss in Wilhelmshaven. Die Ladung, die im Mai 1987 von einer irischen Fleischhandelsgesellschaft auf drei Frachtern nach Venezuela gebracht wurde, soll aus Irland und Dänemark stammen. Venezolanische Behörden haben dem Ministerium in Hannover bestätigt, dass sie Werte bis zu 714 Bq gemessen haben. Der Grenzwert liegt in Südamerika bei 300, in der EG bei 600 Bq. taz, 25.6.88

Für hundert Dollar im Monat hat sich der Nigerianer Sunday Nana aus der kleinen Hafenstadt Koko verpflichtet, die 2000 Tonnen zum Teil radioaktiven Giftmüll aus Italien auf seinem Grundstück zu vergraben. Die im vergangenen November und März per Schiff angekommenen Fässer müssen jedoch einen derart abscheulichen Gestank verbreitet haben, dass nun die nigerianischen Behörden, aufgeschreckt durch einen Zeitungsartikel, dem üblen Geschäft auf die Spur gekommen sind. Der über den hochgiftigen Inhalt der Fässer offenbar ahnungslose und lediglich ein gutes Geschäft witternde Nana erzählte den Presseleuten, er erwarte demnächst eine weitere Lieferung seines Geschäftspartners.

Ausgerechnet Nigerias Regierung hatte kürzlich auf dem Gipfeltreffen der Organisation für afrikanische Einheit OAU in Addis Abeba sowohl westliche Firmen verurteilt, die Afrika zunehmend als Ablagerungsplatz von Giftmüll missbrauchen würden, als auch gewisse afrikanische Staaten, die aus solch zwielichtigen Geschäften Profit zu schlagen versuchten. Vor allem die beiden westafrikanischen Staaten Gui-

nea-Bissau und Benin waren in diesem Zusammenhang ins Gerede gekommen. In einer gemeinsamen Resolution erklärten die afrikanischen Staatsschefs sodann, sie würden die Ablagerung von Giftstoffen in Afrika nicht erlauben. Guinea-Bissau hat darauf erklärt, es werde seine Verträge mit drei Firmen (unter ihnen die Briefkastenfirma Intercontract aus dem Kanton Freiburg) annullieren. TA, 10.6.88

Fast ein dreiviertel Jahr nach dem Strahlenunglück in der mittelbrasilianischen Stadt Goiânia ist die radioaktive Belastung mit Cäsium 137 (Halbwertszeit: 30 Jahre) an einigen Stellen der Provinzhauptstadt höher als kurz nach dem Unglück. Das berichten Mitglieder der «Bürgervereinigungen der Opfer», die eigene Strahlenmessungen zur Überprüfung der Behördenangaben aufgenommen haben. Die punktuell hohen Messwerte sind vermutlich auf heftige Regenfälle zurückzuführen, die verseuchte Oberflächenpartikel in Mulden zusammen geschwemmt haben. Das Unglück war im September vergangenen Jahres ausgelöst worden, als ein Schrotthändler sein ausrangiertes medizinisches Gerät zur Strahlentherapie gewaltsam geöffnet hatte.

Seit die Nationale Brasilianische Atomenergiekommission CNEN den Katastrophenort Ende 1987 kurzerhand für «frei von jeder radioaktiven Strahlung» erklärte, wird der Bevölkerung Goiânias praktisch jede weitere Information über den Unfall verweigert. Die radioaktiven Abfälle waren nach dem Unfall in Fässer verpackt worden und lagern seither teils im Freien, teils unter einer Stoffplane verborgen auf einem eiligst vorbereiteten Gelände nahe Goiânia. Ein Endlager für radioaktive Abfälle ist auch in Brasilien nicht in Sicht. taz, 22.6.88

Die norwegische Regierung erwägt einen generellen Exportstopp für Schweres Wasser. Als Grund dafür wird in Oslo der Verdacht genannt, dass mehrere Lieferungen davon für die Herstellung von Atomwaffen verwendet worden sein könnten. Der norwegische Aussenminister Thorvald Stoltenberg hatte erklärt, Norwegen sei über die Umleitung von 15 Tonnen Schweres Wasser an Dubai empört, die eigentlich für die Bundesrepublik Deutschland bestimmt gewesen seien. Die norwegische Regierung will ihre gesamte Exportpolitik einer Überprüfung unterziehen. Die 15 Tonnen Schweres Wasser waren an eine deutsche Firma geliefert und dann über die Schweiz nach Dubai weiterverkauft worden. Von dort aus soll das Schwere Wasser möglicherweise nach Indien weiterverschifft und zum Bau von Atomwaffen verwendet worden sein. VR, 24.6.88

Die britische Regierung will ihre Forschungsausgaben für den Schnellen Brüter drastisch kürzen. Innerhalb von 18 Monaten würden die jährlichen Mittel an den drei Standorten Harwell, Risley und Windscale von 55 auf 10 Millionen Pfund zusammengestrichen. Bisher hat die britische Regierung für den Schnellen Brüter pro Jahr 105 Millionen Pfund aufgewendet. Als Grund für die Streichungen im Brüterprogramm wurde die Tatsache genannt, dass die kommerzielle Nutzung dieses Reaktortyps in Grossbritannien in den nächsten 30 oder 40 Jahren nicht notwendig sein werde. NZZ, 23.7.88

Der erst im letzten Jahr fertiggestellte Shoreham-Reaktor der Long Island Lighting Co. wird nach mehrmonatigem Testbetriebs stillgelegt und soll verschrottet werden. Dies ist das Ergebnis einer Einigung zwischen dem Staat New York und der Elektrizitätsgesellschaft Lilco nach langen und heftigen Kontroversen. Das Abkommen sieht vor, dass die Gesellschaft 2,5 der Gesamtkosten von 5,3 Milliarden US-Dollar als Verlust von der Steuer absetzen kann. Die Differenz müssen die Lilco-Kunden über sehr hohe Strompreise aufbringen, und ausserdem warnte Energieminister John Herrington vor möglichen Versorgungsengpässen in den nächsten Jahren. An der Wall Street stieg dagegen in einer ersten Reaktion auf die Einigung der Kurs der Lilco-Aktie um 1.25 auf 11.375 \$; Vertreter der Atomindustrie meinten, dass die hohen Kosten der Shoreham-Stillegung ähnliche Pläne mit anderen Reaktoren politisch undurchsetzbar machen könnten. Seit Beginn der Planung von Shoreham vor 22 Jahren gab es Widerstände gegen einen Reaktor auf der dichtbesiedelten Insel östlich von New York City. NZZ, 28./29.5.88

Shoreham ist unter den mehr als hundert seit 1973 stornierten beziehungsweise eingemotteten amerikanischen Atomkraftwerken einer Inbetriebnahme am nächsten gekommen. Industrieexperten nahmen die Nachricht von der Stillegung des Kraftwerks dennoch mit fatalistischer Gelassenheit hin: Man habe es mit einem sterbenden Ross zu tun, das sich ein Bein bricht, kommentierte die «New York Times». taz, 22.6.88

Über die Skandale der Vergangenheit wollte der neue Nukem-Geschäftsführer Breloer am 8. Juli auf der Bilanzpressekonferenz der Hanauer Atommutter nicht mehr reden, denn, so Breloer, «es geht um die Zukunft des Unternehmens». In Zukunft will Nukem die Finger vom Brennelementegeschäft lassen und die Konzernteile ab-

stossen, die einer atomrechtlichen Genehmigung bedürfen. Breloer: «Wir fassen kein Uran mehr an.» Dann sei die Firma «im engeren Sinne keine Atomfirma mehr». In das Geschäft mit den Brennelementen für diverse Forschungsreaktoren, das die Nukem bislang hauptsächlich betrieb, wird demnächst der französische Atomkonzern Cerca einsteigen. Die Fertigung von Brennelementen für Hochtemperaturreaktoren soll nach den Vorstellungen der Nukem-Geschäftsführung im Rahmen einer neuen Gesellschaft fortgeführt werden, an der sich «wahrscheinlich» die Firma Siemens und der schwedische Atomkonzern ASEA-Atom, der mit dem BBC-Konzern verflochten ist, beteiligen werden. taz, 9.7.88

Der Atommüll-Skandal hat der Hanauer Nuklearfirma Nukem Verluste in der Höhe von rund 100 Millionen DM eingebracht. Im Geschäftsbericht 1987 wird ein Jahresfehlbetrag von 64 Millionen DM ausgewiesen. Für mögliche Verluste und Risiken aus dem vom Bundesumweltministerium angeordneten Entzug der atomrechtlichen Genehmigung seien 100 Millionen DM Rückstellungen gebildet worden. Darin sind nach Angaben der Geschäftsleitung Risiken wie die vorzeitige Abschreibung von Anlagen, Sozialpläne und Mittel zur Entseuchung der Nukem-Altanlage enthalten. Die Nukem, die die Fertigung von Brennelementen aufgibt, schätzt die Kosten der mehrjährigen Dekontaminierung auf zwischen 20 und 100 Millionen DM. NZZ, 12.7.88

ENERGIE SZENE

In einer Lagerhalle des Atomkraftwerks Brunsbüttel sind 21 Fässer mit plutoniumhaltigen radioaktiven Abfällen aus dem belgischen Atomzentrum Mol entdeckt worden. Nach den Angaben des neuen Sozial- und Energieministers von Schleswig-Holstein, Günther Jansen, handelt es sich um ähnliche Fässer, wie sie bereits in anderen deutschen Atomkraftwerken aufgetaucht waren. Jansen verlangte, dass die Fässer nach Mol zurückgebracht werden, da der als Endlager vorgesehene Schacht erst in den neunziger

Jahren zur Verfügung stehen werde. Dagegen hat der Bonner Umweltminister Töpfer angekündigt, dass die Fässer aus Mol in der Bundesrepublik bleiben sollen. NZZ, 15.6.88

Das Bergbauunternehmen Gewerkschaft Brunhilde hat Anspruch auf die Genehmigung zum Abbau von Uranerz im Menzenschwander Kunkelbachtal, entschied das Verwaltungsgericht Mannheim, das indes den Weiterzug des Falles an das Bundesverwaltungsgericht in Berlin offenliess. Die Mannheimer Richter bewerteten den Bergbau höher als den Naturschutz. Nach fachmännischer Schätzung liegt am Feldberg Europas grösstes Uranerzvorkommen: Mindestens 500 Tonnen Erz seien hier zu fördern. Ein 1300-Megawatt-Reaktor könnte mit Brennstäben aus Feldberg-Uran etwa 25 Jahre lang betrieben werden. Mit ihrer Entscheidung hoben die Mannheimer Richter das erstinstanzliche Urteil des Freiburger Verwaltungsgerichts auf, das gegen die Bewilligung zum weiteren Erzabbau entschieden hatte, dem öffentliche Interessen (Naturschutz) entgegenstünden. BT, 18.7.88

Die Wasserkrise in Ägypten wird erst seit kurzem öffentlich diskutiert. Zu gross ist der soziale Sprengstoff, der bereits in der vorsichtigen Ankündigung von Energieminister Maher Abaza steckt, dass in diesem Sommer eventuell mit Stromunterbrechungen gerechnet werden müsse. Denn eines der grossen Verdienste des 1973 fertiggestellten Assuanstaudamms war der beinahe komplette Anschluss der ländlichen Gegenden an das Stromnetz. Der schwindet nun mehr und mehr dahin. Wenn Kairo auch bisher von Stromausfällen verschont blieb, sind sie in den Dörfern an der Tagesordnung. Während 1978 die zwölf Turbinen 54 Prozent der gesamten Strommenge produzierten, genügt heute der niedere Wasserstand des Assuanstausees gerade noch zur Produktion von 22 Prozent. Im Sommer dieses Jahres fällt der Wasserspiegel auf 151 Meter (über dem Meeresspiegel) und liegt dann noch genau vier Meter über der kritischen Grenze, bei der die Turbinen endgültig abgestellt werden müssen. Angesichts des drohenden Unheils wollen nun verschiedene europäische Staaten und die USA Kohlekraftwerke mitfinanzieren, die Ägypten unabhängiger von der Wasserkraft machen sollen. Die UNO wird sich mit 1,5 Millionen Dollar an einem ägyptischen Projekt zur Herstellung von Windturbinen und Sonnenkollektoren beteiligen, die bisher nur ein Prozent zur Stromproduktion beitragen. taz, 16.7.88